

## **Multi-Level-Governance im Alpenraum – Zusammenfassende Schlussfolgerungen**

Die von insgesamt 16 Autorinnen und Autoren verfassten 13 Beiträge dieses Bandes werfen auf Grund ihrer Verschiedenartigkeit wertvolle Streiflichter auf die vielfältigen Erscheinungsformen des „Regierens über mehrere Ebenen“ im Alpenraum. Sie dokumentieren die ausgesprochen große Vielfalt dieses Raums in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht und beleuchten die vielen gemeinsamen Interessen, etwa auf dem Gebiet des Verkehrswesens oder des Umweltschutzes, die diesen Raum kennzeichnen. Die Beiträge bilden keine gesamthafte Darstellung zum Thema Multi-Level-Governance, sondern verstehen sich als Zusammenstellung von Beispielen aus der gelebten Praxis in den Alpenregionen. Dennoch erlauben sie einige Schlussfolgerungen, die hier in zusammenfassenden Thesen wiedergegeben werden sollen:

1. Multi-Level-Governance wird vom Prozess der Globalisierung befördert und stellt den schrittweisen Abschied von traditionellem Staatsdenken dar, das auf streng getrennte Zuständigkeitsbereiche von Gesetzgebungsebenen abstellt. Auf Grund des jahrzehntelangen Integrationsprozesses in der Europäischen Union werden in Europa mehr als auf anderen Kontinenten transnationale Zielsetzungen und Strategien beschlossen und umgesetzt. Dies wirkt sich auch stark auf Nicht-EU-Staaten aus. Dabei erleben wir ein zunehmendes Ineinandergreifen von Entscheidungsebenen, bei dem das Subsidiaritätsprinzip die Funktion der Zuständigkeitsabgrenzung übernimmt, wie sie in bundesstaatlichen Systemen besteht. Gleichzeitig müssen die verschiedenen Regierungsebenen immer stärker zusammenarbeiten, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Flexibilität und Transparenz treten an die Stelle starrer Kompetenzgrenzen und auch das Verständnis und die Praxis von Demokratie ist in einem Veränderungsprozess begriffen. Tiefgreifende Lernprozesse in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft sind nötig, um diesen Prozess effizient zu begleiten. Auf diese Entwicklungen weist in theoretischer Sicht besonders der einleitende Beitrag von *Christian Gsodam*, „Globalisierung, Multi-Level-Governance und Subsidiarität“, hin. Die

praktischen Auswirkungen macht unter anderen der Beitrag von *Luis Durnwalder*, „Die Politik der EU für die Berggebiete“, sichtbar.

2. Die subnationalen Einheiten, hier die Regionen des Alpenraums, formulieren zunehmend selbst jene europäischen Entwicklungsstrategien und Konzepte, die ihre Zukunft bestimmen sollen. Europa rückt dadurch näher an die Bürger heran. Das neueste Konzept in dieser Hinsicht ist die makroregionale Alpenstrategie, wie sie von *Fritz Staudigl* in seinem Beitrag „Multi-Level-Governance im Alpenraum. Auf dem Weg zu einer makroregionalen Alpenraumstrategie“, vorgestellt wird. Der Alpenraum als neue Makroregion ist auch zentraler Inhalt des Beitrags von *Nicolas Evrard*, „Die Rolle der Verbände und der Gebietskörperschaften bei der Koordination der politischen Handlungsebenen in den Alpen“. Bei der Umsetzung dieser Strategie wird besonderes Augenmerk darauf gelegt werden müssen, dass den Bürgern der europäische Mehrwert dieser Strategien verständlich gemacht und nahegebracht wird.
3. Die grenzüberschreitenden Aktivitäten subnationaler Einheiten intensivieren sich. Der Europäische Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) ist nicht nur ein künstliches Gebilde der EU-Gesetzgebung, sondern wird zunehmend mit Leben erfüllt. Der EVTZ ermöglicht bereits heute verschiedenen Regionen des Alpenraums das Erreichen einer neuen Stufe der regionalen „Integration“, die ihnen auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners nationaler Gesetzgebung bisher versagt geblieben wäre. Künftig wird auch der Entwicklung der demokratiepolitischen Dimension der EVTZ mehr Augenmerk geschenkt werden müssen. Eine Übersicht über die verschiedenen Verbünde und deren Aufgaben liefern *Alice Engl* und *Birgit Oberkofler*, „Europäische Verbünde territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) im Alpenraum“.
4. Ein Beweis dafür, dass die Regionen und die europäische Ebene nicht nur vertikal-hierarchisch miteinander verknüpft sind, und die Kommunikationskanäle nicht nur *top-down* verlaufen, sind die Vertretungen der Regionen in Brüssel. Die Regionen betreiben über ihre Verbindungsbüros ihre eigenen Netzwerke, wie von *Florian Mast*, „Die Rolle der Regionen und ihrer Verbindungsbüros in Brüssel im Europäischen Mehrebenensystem“, aufgezeigt wird. Ein praxisorientiertes Netzwerk aller alpinen Vertretungsbüros und ihrer Heimatverwaltungen könnte helfen, die

künftige Makroregionale Strategie für den Alpenraum effizienter umzusetzen.

5. Das Regieren über mehrere Ebenen stärkt in der Tendenz die Exekutiven. Die Parlamente haben noch keine gangbaren Wege gefunden, die grenzüberschreitenden Aktivitäten der Regierungen sowohl in vertikaler als auch horizontaler Sicht effektiv zu kontrollieren. Noch gehen von den regionalen Parlamenten zu wenig Initiativen aus, die diese Entwicklungen steuern können oder ihnen neue Impulse verleihen können. Gewisse Ausnahmen wie der Dreier-Landtag Tirol – Südtirol – Trentino stellen zwar wichtige Ansätze dar, sind aber noch zu wenig stark entwickelt. Auf den Beitrag von *Peter Bußjäger*, „Grenzüberschreitender Parlamentarismus im Alpenraum“ sei verwiesen. Im Rahmen der Multi-Level-Governance sollte insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Parlamenten und Zivilgesellschaft gestärkt bzw die Schaffung von transnationalen Foren der Bürgerbeteiligung vorangetrieben werden.
6. Eine auf die europäische, nationale, regionale und lokale Ebene beschränkte Sicht von Multi-Level-Governance vernachlässigt den Umstand, dass mit der völkerrechtlichen Ebene eine weitere „Regierungsebene“ hinzukommt. Das Beispiel der Alpenkonvention ist nur eines von mehreren (siehe den Beitrag von *Maily Gervais*, *Giacomo Luciani* und *Marco Onida*, „Sustainable mountains – The Alps and the UN“). Auch hier ist zu beachten, dass den Regionen in der Umsetzung der völkerrechtlichen Vorgaben eine zunehmend bedeutsamere Rolle zukommt. Ihre Mediatisierung über den Nationalstaat im Sinne des klassischen Völkerrechtes tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Die zunehmende internationale Rolle der Regionen sollte auch ihren Niederschlag im Aufbau von pro-aktiven Beziehungen mit internationalen Organisationen finden, um in diesen Organisationen das Bewusstsein für die lokale und regionale Dimension von Politikgestaltung zu stärken.
7. Ein mittlerweile bereits klassisches Instrument der Mehrebenenpolitik der EU stellt die Regionalförderung dar. Die INTERREG-Projekte greifen auch über die die Grenzen der Europäischen Union hinaus, wie sich am Beitrag von *Christian Frommelt*, „Europa konkret: Die INTERREG-Projekte im Alpenraum am Beispiel Liechtensteins“ zeigt. Damit tritt eine weitere Integrationsverdichtung ein. Dabei sollte im Sinne der Nachhaltigkeit insbe-

sondere darauf geachtet werden, dass grenzüberschreitende Projekte Strukturen schaffen, die über die Förderperiode hinaus bestehen bleiben.

8. Die Ermöglichung innovativen Handelns ist eines der großen Vorzüge regionaler Gestaltungsfähigkeit. Als ein Beispiel für viele sind hier die alpinen Schutzgebiete angeführt, wie sie im Beitrag von *Yann Kohler*, „Die alpinen Schutzgebiete – Gemeinsam für die Alpen“, beschrieben werden. Dabei ist noch mehr als bisher die innovative Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren im Rahmen des Public Private Partnerships zu fördern. Eine Herausforderung liegt auch in der Ermöglichung nachhaltigen Wirtschaftens und der besseren Verschränkung von regionaler, nationaler und internationale Finanzwirtschaft. Hier erweist sich der Beitrag von *Kurt Beatus Müller*, „Der Finanzmarkt Alpenraum – lokales Wirtschaften zwischen Globalisierung und Regionalisierung“ als besonders aktuell und richtungweisend.
9. Die vielfältigen Kooperationsformen zwischen den Regionen des Alpenraums dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass im Alpenraum auch mannigfache kulturelle, wirtschaftliche und soziale Konflikte bestehen. Gerade ihre Lösung ist nur im Zusammenwirken mehrerer Ebenen möglich. Der Beitrag von *Johannes Maier*, „Die Kärntner Ortstafelregelung 2011“ bietet ein herausragendes Praxisbeispiel dafür, wie ein langjähriger politischer Konflikt durch Multi-Level-Governance gelöst werden kann.